

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

1. Der Deutsche Bundestag setzt gemäß § 56 seiner Geschäftsordnung eine Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ ein.
2. Die Enquete-Kommission soll die künftige Entwicklung der elektronischen Medien und Informationstechnologien in Deutschland abschätzen und die Auswirkungen der neuen Medien auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie auf Gesellschaft und Umwelt, Bildung und Kultur, Politik und Demokratie beurteilen. Die Kommission soll die im Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre feststellbaren Tendenzen in der Entwicklung der elektronischen Medien wie Konzentration, Kommerzialisierung, Europäisierung, Digitalisierung und Mediatisierung beschreiben und denkbare zukünftige Entwicklungen aufzeigen, wobei sie variierende Annahmen über die Veränderung der Rahmenbedingungen und unterschiedliche Wertmaßstäbe zugrunde legt. Sie soll – auch unter Berücksichtigung der Vorstudie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag – die sich aus dem Einsatz der Informationstechnologien ergebenden politischen Konsequenzen darstellen und die parlamentarischen Initiativen vorschlagen, die notwendig sind, um die großen Chancen der Informationsgesellschaft umfassend zu nutzen und ihre Risiken zu bewältigen.

II.

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, insbesondere die folgenden Schwerpunkte zu behandeln:

1. Die wirtschaftlich-technologische Dimension
 - 1.1 Technologische Perspektiven

- Künftige technologische Entwicklung im Bereich der Netze, Dienste, Anwendungen und Informationsinhalte neuer Medien bei Zugrundelegung verschiedener Entwicklungspfade
- Gestaltungspotentiale der Technik zur Unterstützung von Entwicklungs- und Produktionsprozessen in den Bereichen Dienstleistungen, Industrie und Handwerk
- Infrastrukturelle Voraussetzungen (staatlich und privat) zur Förderung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (Festlegung von Förderungskriterien)
- Ermittlung des Bedarfs und Nutzerverhaltens (z. B. durch Pilotanwendungen und Feldtests) zur Minderung von Fehlinvestitionen bei der Informationsinfrastruktur
- Anforderungen an die Gestaltung der Informationstechnologien aus Sicht der Endnutzer

1.2 Wirtschaftliche Perspektiven

- Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf die internationale Arbeitsteilung (Überwindung raum-zeitlicher Beschränkungen, Standortunabhängigkeit bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen) und ihre Konsequenzen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland
- Auswirkungen auf den Strukturwandel in Deutschland (sektoral, regional, betriebsbezogen), Entstehung neuer und Verlust alter Arbeitsplätze, soziale Flankierung dieses Strukturwandels und Möglichkeiten zur Regionalisierung und Dezentralisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen
- Wettbewerb und Konzentration auf dem Gebiet der neuen Medien
- Internationale Zusammenarbeit und Allianzen im Informations- und Telekommunikationsbereich
- Zugangsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu den modernen Telekommunikationsinfrastrukturen und Telematikdiensten sowie Zugriffsmöglichkeiten auf öffentliche Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen
- Veränderungen innerhalb der Unternehmen in der Industrie, im Dienstleistungsbereich und im Handwerk (Aufbau- und Ablauforganisation) und deren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt
- Forschung und Entwicklung (Transfer der FuE-Ergebnisse zu den Unternehmen)
- Aufgaben der Industriepolitik

1.3 Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbedingungen

- Möglichkeiten, die sich durch den Einsatz der neuen Informationstechnologien ergebende Beschäftigungsbilanz positiv zu gestalten
- Potentiale zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -beziehungen
- Qualifikation und Dequalifikation (Höherqualifizierung durch die neuen Technologien, relativer Bedeutungsverlust manueller Tätigkeiten und zunehmende Nachfrage nach Steuerungs- und Überwachungstätigkeiten, Gefahr einer „Zweiklassen-Gesellschaft“ in der Arbeitswelt)
- Einfluß auf die Entwicklung neuer Produktions- und Dienstleistungskonzeptionen
- Konsequenzen für Arbeitsschutz und Arbeitsrecht (insbesondere Fragen der Mitbestimmung und Betriebsverfassung)
- Auswirkungen der neuen Medien auf die Beziehungen zwischen den Tarifvertragsparteien (z. B. durch Individualisierung von Arbeitsverhältnissen und geographische Trennung von Arbeitsort und Unternehmen durch Telearbeit)

1.4 Bildung und Ausbildung

- Entstehung neuer Berufe und Beschäftigungsfelder in Industrie, Handel und Dienstleistungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Bildungssystem
- Zunehmende Bedeutung des Prinzips des lebenslangen Lernens (Anreize, Schaffung einer geeigneten Weiterbildungsinfrastruktur)
- Einsatz neuer Medien in Aus- und Weiterbildung, Forschung und Lehre (Fernunterricht, Fernlernzentren, Anwendung moderner Fernstudientechniken auch in Schulen und Hochschulen, Dezentralisierung der Ausbildung in Schule und Hochschule usw.)
- Gefahr neuer Benachteiligungen durch schichtspezifische oder geschlechtsspezifische Nutzung der neuen Medien
- Medienerziehung in der schulischen und außerschulischen Bildung und der Hochschulausbildung

1.5 Umwelt, Verkehr, Siedlungsstruktur

- Entlastung der Umwelt und neue Umweltbelastungen durch moderne Kommunikationstechnologien (Telearbeit, Satellitenbüros, Telekonferenzen, Tele-Learning, Tele-Shopping usw.)
- Neue Verkehrssysteme, Steuerung der Verkehrsströme (Einführung von Telematik-Lösungen zur Vernetzung der Verkehrsträger, Verkehrsmanagement-Systeme, moderne Verkehrsdienstleistungen)

- Konsequenzen für die räumliche Zuordnung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit und Kultur (Einflüsse auf Siedlungsstrukturen, stärkere Integration peripherer Regionen)

2. Die soziale und kulturelle Dimension

2.1 Gesellschaftliche Konsequenzen

- Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter (Telearbeit, Telekonferenzen), auch durch Schaffung zeitlicher Freiräume (Tele-Shopping, Tele-Banking)
- Neue Freizeitkultur (Freizeitindustrie)
- Besser informierte Bürgerinnen und Bürger (Verbraucher, Arbeitnehmer, Unternehmer) oder Informationsüberflutung und Desinformation
- Trend zur stärkeren Vereinzelung oder neue Chancen für Gemeinschaftsleben

2.2 Kulturelle Auswirkungen

- Massenkommunikation und Spartenprogramme, Quantität und Qualität, Globalisierung der Kommunikations- und Unterhaltungsindustrie, neue Chancen für private Initiativen (Bürgerinitiativen, Freie Kanäle)
- Zukunft der Sprachen (Globalisierung der englischen Sprache oder neue Chancen für die Verbreitung anderer Sprachen) und der regionalen Traditionen und Kulturen; Schutz Europas vor übermächtigem Einfluß der außereuropäischen Film- und Fernsehindustrie)
- Erziehung zu mündigen Teilnehmern der neuen Informationsgesellschaft (Stärkung der Anwender, Schutz vor nur passivem Medienkonsum, Schutz vor Desorientierung und Falschinformation)
- Konsequenzen der Zurückdrängung der Buchkultur (als Ausdruck der herrschenden Kulturtechnik) auf Denk-, Analyse-, Kritik- und Kommunikationsfähigkeit der einzelnen sowie auf Normen und Werte der Gesellschaft. Neue Chancen durch direkten technisierten Dialog?
- Entwicklung von Strategien zur Förderung nicht kommerzieller Medienangebote als Gegengewicht rein kommerzieller Angebote

2.3 Politik, Öffentlichkeit und Demokratie

- Sicherung von Meinungsfreiheit, Pluralismus und Informationsvielfalt, Verhinderung demokratiegefährdender Machtkonzentrationen
- Verbesserte Chancen zur Teilhabe am öffentlichen Leben (z. B. bei öffentlichen Planungsvorhaben, Umweltinformationen, Informationen über Entscheidungen politischer Gremien auf lokaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, Zugriff auf digitale Bibliotheken usw.)

- Auswirkungen auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie
 - Achtung von Demokratie, Menschenrechten und Grundgesetzwerten bei den Informationsinhalten der neuen Medien
 - Möglichkeiten der Verbesserung der Effizienz staatlicher Verwaltungen durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien
 - Maßnahmen, um die Akzeptanz der neuen Medien zu verbessern
3. Der ordnungspolitische und rechtliche Rahmen der Informationsgesellschaft – soweit nicht durch das Telekommunikationsgesetz und seine Begleitgesetze geregelt
- Darstellung des angemessenen ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmens für die Informationsinfrastruktur, Dienste und Anwendungen (national und international) unter Beachtung der föderalen Aufgabenteilung und Zuständigkeiten; Konsequenzen für das Rechtssystem
 - Normen und Standards als Grundlage der Verbreitung und des Wettbewerbs der neuen Medien und des allgemeinen Zugangs zu den neuen Informationstechnologien; Gebührenstruktur
 - Sicherung der Meinungs- und Informationsfreiheit
 - Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre im Rahmen des Einsatzes interaktiver Medien
 - Schutz geistiger Eigentumsrechte (Urheberrechte, Rechte von Künstlerinnen und Künstlern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern) und der Privatsphäre, Schutz der Wohnung vor unerwünschtem Eindringen Dritter via Netze; Haftungsrecht
 - Einsatz geeigneter Verschlüsselungsverfahren bei gleichzeitiger Gewährleistung wirksamer Kriminalitätsbekämpfung
 - Jugend- und Verbraucherschutz
 - Sicherung einer flächendeckenden und preisgünstigen Informationsgrundversorgung der Bürgerinnen und Bürger als Voraussetzung für eine angemessene Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben, insbesondere in den Bereichen Information, Unterhaltung, Bildung und Kultur, um eine „Zweiklassen-Informationsgesellschaft“ zu vermeiden
 - Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs (Aufbau von nationalen, EU-weiten und internationalen Wettbewerbsbehörden) und eines ungehinderten Zugangs zu den neuen Medien; Instrumente der Konzentrationskontrolle
 - Globalisierung der neuen Medien, weltweite und gegenseitige Öffnung der Märkte und Netze

- Modernisierung von Rundfunkrecht und Medienrecht
- Erhalt und Ausbau öffentlich-rechtlicher Informationsangebote

III.

1. Der Enquete-Kommission gehören elf Mitglieder des Bundestages und elf Sachverständige an.
2. Die Fraktion der CDU/CSU benennt fünf Mitglieder und fünf Sachverständige, die Fraktion der SPD vier Mitglieder und vier Sachverständige. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der F.D.P. benennen je ein Mitglied und einen Sachverständigen. Die Gruppe der PDS kann durch ein beratendes Mitglied – in entsprechender Anwendung des Beschlusses des Ältestenrates vom 6. Juni 1991 – mitwirken.
3. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden.
4. Die Enquete-Kommission soll dem Deutschen Bundestag über ihre Untersuchungsergebnisse bis Mitte 1997 berichten sowie die Konsequenzen für die Politik darstellen.

Bonn, den 22. Juni 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die großen Industrienationen befinden sich in einem tiefgreifenden technologisch-wirtschaftlichen Wandel hin zur Informationsgesellschaft. Weltweit sind auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien sprunghafte Fortschritte erzielt worden. Durch die schnelle Übertragung großer Datenmengen auf weltweit vernetzten Datenautobahnen eröffnen sich völlig neue Dimensionen.

Durch die neuen Techniken wird Information immer mehr zu einem zentralen Produktions- und Standortfaktor moderner Volkswirtschaften. Vieles deutet darauf hin, daß die Informations- und Medienwirtschaft in den nächsten Jahren zum größten Wachstumsmarkt werden kann. Die Informations- und Kommunikationstechnologien bieten neue Chancen für Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität. Der rasche und weltweit mögliche Austausch von Information und Wissen führt zu einem Abbau bisheriger raum-zeitlicher Beschränkungen und macht die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zunehmend standort-unabhängiger. Der Grad der Beherrschung moderner Informationstechniken entscheidet zunehmend über die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes. Um die Chancen dieses Wachstumsmarktes zu nutzen, hat ein globaler Wettbewerb innerhalb der Triade zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und den Staaten der Europäischen Union begonnen. Dabei besteht die Gefahr, daß die Länder der Dritten Welt von dieser Entwicklung ausgeschlossen bleiben.

Diese neuen Informationstechnologien wirken sich nicht nur auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt aus. Sie haben zugleich heute noch unabsehbare Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt, Bildung und Kultur sowie Politik und Demokratie.

Die rasante Entwicklung der neuen Informationstechnologien stellt Politik und Gesellschaft vor völlig neue Herausforderungen. Träger dieser Entwicklung ist vorrangig die Privatwirtschaft. Angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen kann die weitere Entwicklung der neuen Medien aber nicht dem Selbstlauf der Märkte allein überlassen bleiben. Um die großen Chancen der Informationsgesellschaft für Bürger und Wirtschaft umfassend zu nutzen und ihre Risiken zu bewältigen, ist ein klarer ordnungspolitischer und rechtlicher Rahmen notwendig. Damit für alle Zugang und Teilhabe an den neuen technologischen und ökonomischen Chancen dieser Technologien möglich wird, ist auch ein entsprechendes öffentliches Angebot erforderlich. Die Enquete-Kommission soll dem Deutschen Bundestag zu diesen Fragestellungen und Aufgaben Anregungen und Empfehlungen geben.

